

***Resilienz im Kontext von Bevölkerungsschutz und
Kommunen***

**Alexander Fekete
Chris Hetkämper
Carlotta Bauer**

Aus: Erich Marks, Claudia Heinzelmann, Gina Rosa Wollinger (Hrsg.):

Krisen & Prävention

Ausgewählte Beiträge des 28. Deutschen Präventionstages

Forum Verlag Godesberg GmbH 2024

978.3.96410.049.8 (Printausgabe)

978.3.96410.050.4 (eBook)

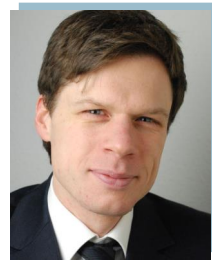
Resilienz im Kontext von Bevölkerungsschutz und Kommunen

10

Alexander Fekete, Chris Hetkämper & Carlotta Bauer

10.1 Hintergrund und begriffliche Einordnung

Krisenresilienz auf kommunaler Ebene umfasst mehrere Fachbereiche, die sich nicht nur aufgrund ihrer konkreten Krisengegenstände unterscheiden, sondern auch in ihrer Perspektive auf Krisenresilienz. Auf kommunaler Ebene fließen mehrere Fachbereiche und damit auch Perspektiven zu Resilienz zusammen. Einerseits eine stadtplanerische Perspektive, die in der Forschung auch im Rahmen sogenannter urbaner Resilienz untersucht wird. Hierbei geht es um Siedlungsräume und typische Perspektiven aus raumplanerischer Sicht, Stadtplanungssicht oder auch der Perspektive der Architektur (Coaffee & Lee, 2017). Resilienz ist darin die längerfristige Gestaltung des Zusammenlebens und des Funktionierens von Städten wie auch ländlichen Gemeinden. Beeinflusst wird diese Sichtweise, wie auch eine Sichtweise in den Umweltwissenschaften aus der Definition der Resilienz in der Ökologie oder Ökosystem-Forschung (Gunderson & Holling, 2002; Holling, 1973). Darin wird Resilienz als eine Untersuchung der Stabilität und dynamischen Entwicklung von Umweltsystemen verstanden. Resilienz ist ein schwankendes Verhalten, das im Gegensatz zu einem linearen Evolutionsverständnis mit Sprüngen, Veränderungen und Einbrüchen einhergeht, wobei der Kern des Systems, also die Funktionalität der Kommune in diesem Fall, beibehalten wird. Das Motto der Stadt Paris mit ihrem Stadtwappen drückt dieses



Prof. Dr. Alexander Fekete

ist Geograph und Professor für Risiko- und Krisenmanagement an der Technischen Hochschule Köln



Chris Hetkämper

ist Rettungsingenieur und Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Technischen Hochschule Köln



Carlotta Bauer

ist Rettungsingenieurin und Wissenschaftliche Hilfskraft an der Technischen Hochschule Köln

Resilienz im Kontext von Bevölkerungsschutz und Kommunen

Verständnis ganz gut aus: „Sie mag schwanken, aber nicht untergehen“ (*fluctuat nec mergitur*).

Eine weitere Perspektive auf die Begriffsbestimmung von Resilienz im kommunalen Kontext ist die im englischsprachigen sogenannte *community resilience* (S. L. Cutter et al., 2008; Norris, Stevens, Pfefferbaum, Wyche, & Pfefferbaum, 2008; Tobin, 1999). Es handelt sich dabei um die Gesamtheit an Faktoren oder Fähigkeiten einer Gemeinschaft oder Gruppe von Menschen, oder eben einer Verwaltungseinheit wie einer Kommune, mit Krisen und Veränderungen umgehen zu können. Das beinhaltet die Gesamtheit aller Fähigkeiten vor, während und nach einer Krise, und eine unterschiedliche Artenvielfalt von eher passiver Absorption und Widerstandsfähigkeit bis hin zu einer progressiven Anpassung oder gar Transformationsfähigkeit (UNDRR, 2022). Es gibt in diesem Verständnis durchaus auch Ähnlichkeiten zum psychologischen Verständnis von Resilienz (siehe auch die Beiträge von Dreßing und Gilan & Helmreich in diesem Band) und damit auch zur Krisenbewältigungsfähigkeit, die man auch zum Beispiel in der Medizin findet.

Eine andere Begriffsbestimmung ist im kommunalen Kontext eine naturwissenschaftliche oder Ingenieursperspektive, die Resilienz als Berechnungsgröße vor allem hinsichtlich der Widerstands- und Erholungsfähigkeit von materiellen Strukturen wie zum Beispiel der Infrastruktur oder der bebauten Umwelt versteht (Bogardi & Fekete, 2018). Während die Verwundbarkeit den Grad der Schadensanfälligkeit beschreibt, stellt die Resilienz hierbei den Erholungsgrad oder die Erholungsschnelligkeit dar. Im Zuge der urbanen Resilienz oder *community resilience* wird jedoch zunehmend auch die Transformationsfähigkeit betont und es zeichnet möglicherweise die kommunale Resilienz auch aus, auf die ständigen Veränderungen flexibel eingehen zu können (Pelling, 2003, 2010). Diese Betrachtungsweise greift Überlegungen aus der Komplexitätsforschung auf und begreift das Zusammenspiel von Mensch und Umwelt als komplexes, adaptives System (Becker, 2014), dessen Komponenten ganz unterschiedliche Ziele verfolgen und dabei in ständiger Wechselwirkung miteinander stehen (Heylighen, Cilliers, & Gershenson, 2006). Dieser Ansatz legt nahe, dass kein *Equilibrium* im Sinne eines optimal ausgeglichenen Zustandes existiert, vielmehr ist das System durch stetigen Wandel charakterisiert (Pendall, Foster, & Cowell, 2010). Die Fähigkeit zu ebendieser fortwährenden Anpassung an immer neue Bedingungen bedeutet Resilienz (Bergström & Dekker, 2014).

Anwendungsfälle kommunaler Resilienz finden sich einerseits in Reaktion auf verschiedene Krisen und Gefahren: auf relativ plötzlich auftretende Hochwasser und andere Naturgefahren sowie solche anderer Art, wie zum Beispiel bei der Bankenkrise oder auch längerfristig in Reaktion auf schleichende Risiken oder Krisen wie etwa in Bezug zum Klimawandel oder in Reaktion auf eine Pandemie. Resilienz ist aber auch im Umgang mit Transformationen wie etwa dem Umstieg der Kommunen auf erneuerbare Energien oder in Reaktion auf die Alterung und den Umbau der Gesellschaft durch Digitalisierung ein wichtiges Thema (Fekete, 2022; Fekete & Rhyner, 2020).

Resilienz im Kontext von Bevölkerungsschutz und Kommunen

10.2 Städte und Gemeinden im Kontext von Krisen und Resilienz

Bereits im Hyogo Rahmenwerk aus dem Jahr 2005 wird die Entwicklung und Stärkung von Kapazitäten auf kommunaler Ebene als Voraussetzung für Krisenresilienz vorgestellt und entsprechende Aktivitäten gefordert (UN/ISDR, 2005). Kapazitäten können dabei als Gesamtheit der vorliegenden Strategien, Systeme, Ressourcen und Fähigkeiten verstanden werden. Diese können auf institutioneller wie auch auf organisatorischer oder individueller Ebene adressiert werden, stehen jedoch immer in Wechselwirkung miteinander (CaDRI, 2011; Schulz, Gustafsson, & Illes, 2005). Um Kapazitäten erfolgreich zu entwickeln ist es notwendig, zunächst den lokalen Kontext und die bereits vorhandenen Kapazitäten zu verstehen (Hagelsteen & Burke, 2016). Relevante Fragestellungen hier sind also beispielsweise, ob die kommunale Entwicklungsstrategie und Rechtsgrundlagen eine Stärkung der Krisenresilienz unterstützen, ob Organisationen und Betriebe über finanzielle und materielle Ressourcen und krisensichere Managementsysteme verfügen und ob Beschäftigte oder Einwohner:innen relevante Erfahrungen und Fähigkeiten besitzen, um an Prozessen zur kommunalen Resilienzgestaltung mitzuwirken.

Mit Resilienz werden häufig Veränderungsprozesse in der Steuerung oder Governance von Kommunen diskutiert. Wenn zum Beispiel im Katastrophen- oder Bevölkerungsschutz ein Paradigmenwechsel vollzogen werden soll, weg von einer reinen Gefahrenbetrachtung und dem Schutz kritischer Infrastrukturen hin zu einer Resilienz, dann werden bestimmte Aspekte der Erneuerung hier oft aufgeführt: Sektoren- oder siloübergreifende Denkweisen und damit eine viel breitere interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Fachbereichen. Dies spiegelt eine Abkehr von reinem Spezialistentum hin zu mehr Generalismus wider, da man auch eine Abkehr von 100-prozentigen Sicherheitsversprechungen oder Schutz hin zu einem akzeptierten Umgang mit Unsicherheiten hierunter verstehen kann. Einzelnes Fachwissen und Spezialist:innen sind weiterhin sehr gefragt in einem integrativen Ansatz, bei dem bestehende Schutzkonzepte und auch Gefahreneindämmungsmaßnahmen wie etwa bauliche Maßnahmen gegen Hochwasser nicht völlig ad acta gelegt werden sollen. Stattdessen sollten diese mehr verknüpft werden mit einer ebenso stark betonten Sicht auf die Auswirkungsketten und die Verwundbarkeit von Gesellschaft wie auch Infrastruktur. Dies wird auch als integriertes Risikomanagement verstanden. Resilienz wird manchmal de facto einfach als neuer Begriff dem vorherigen Risikobegriff übergestülpt (S. L. Cutter et al., 2008) und bezeichnet damit ähnlich wie auch Begriffe der Gefahrenabwehr im Bevölkerungsschutz dann umfassend alle Arten von organisatorischen und technischen, strukturellen wie nicht strukturellen Maßnahmen. Manchmal wird unter Resilienz auch das subsumiert, was zuvor bereits in den sozialen ökologischen Systemen oder in der Komplexitätstheorie entwickelt worden war: eine Kombination aus nicht linearen Prozessen, mit stochastischen Anteilen und Emergenz neuer Zustände, die vorher so nicht vorhergesehen wurden, engen Kopplungen und Interdependenzen (Lewin, 1992; Waldrop, 1992).

Städte und Gemeinden können sich mit diesem neuen Verständnis einerseits auf eine neue Form des Managements nicht nur in der Gefahrenabwehr einstellen. Anstelle von Schutz und Abwehrmaßnahmen kann damit nun breiter und integrativer argumentiert

Resilienz im Kontext von Bevölkerungsschutz und Kommunen

werden und mehr Zusammenarbeit zwischen Fachbereichen hergestellt werden. Dies stellt viele Kommunen aber vor neue Herausforderungen, da dies in den typischen Verwaltungsstrukturen und Denkweisen bislang meist nicht enthalten ist. Hier kann entsprechend einer Weiterentwicklung der organisatorischen Strukturen die Resilienzentwicklung fördern. Ebenfalls werden nun auch Personen gebraucht, die derartige Kompetenzen besitzen, um fachübergreifend denken und arbeiten zu können und zu dürfen. Dies kann durch Fortbildungen und Trainings sowie Coachings und den Austausch in Netzwerken und Plattformen erfolgen (CaDRI, 2011). Es gibt jedoch viele Analogien zu ähnlichen Denkweisen, zum Beispiel im agilen Management oder auch in bereits etablierten Bereichen wie der im Business Continuity Management. Auch hier stehen Maßnahmen zur Reaktionsfähigkeit auf beliebige Krisen mit viel Flexibilität im Vordergrund, gegenüber starren hierarchischen Strukturen.

Es gibt jedoch noch weitere Maßnahmen, die Städte und Gemeinden nutzen können, um sich auf Krisen einzustellen. Hierbei ist es gar nicht so wichtig, ob dies unter dem Begriff Resilienz firmiert oder unter Risiko. Denn auch die neue deutsche Resilienzstrategie des Innenministeriums enthält im Prinzip viele Bestandteile aus dem Sendai-Rahmenwerk von 2015 zur Katastrophenreduzierung (Die Bundesregierung, 2022). Damit gehen aktuelle Gedanken zu einer risikoinformierten Gesellschaft mit vielen Bestandteilen der Risikoanalyse und des Risikomanagements mit Ideen des schlaueren Wiederaufbaus nach Katastrophen (build back better) und einem generellen Resilienzverständnis in vielen Themenbereichen einher (United Nations, 2015). Dazu gehören auch ein besseres Verständnis von Risiken, das zum Beispiel durch bessere Informationsbeschaffung und damit auch einem Monitoring für Städte und Gemeinden nicht nur bei Hochwasser, Waldbrand, Pandemie und auch Zivilschutzanforderungen wie bei Energiemangellagen bedeutsam ist. Es wurde konkret im Hochwasser 2021 in vielen Regionen ein Bedarf an digitalen Lagekarten, Warnungen und weiteren Informationsgrundlagen sehr deutlich (Fekete & Sandholz, 2021). Um dem Kerngedanken von Resilienz gerecht zu werden, ist hierbei besonders auch auf bislang unbekannte oder unübliche Gefahren einzugehen, um ein „Lock in“, also das Verharren in alten Denkmustern und Handlungsweisen zu vermeiden (Pendall et al., 2010). Der Klimawandel macht bereits jetzt deutlich spürbar, dass sowohl neuartigen Gefahren als auch bereits bekannten Gefahren in neuartiger Intensität und Frequenz Rechnung getragen werden muss, um Gesellschaften zukunftsfähig zu machen. Ein weiteres Ziel, das im Rahmen der Resilienzstrategie wie auch beim Sendai-Rahmenwerk gefordert wird, ist eine bessere Zusammenarbeit verschiedenster Akteure, innerhalb einer Kommune aber auch zwischen Kommunen und ihren Nachbarländern. Institutionen müssen hierbei auch gestärkt werden ebenso wie die Wirtschaft, die sich stärker einbringen muss. Denn über 80 % der sogenannten kritischen Infrastruktur sind in privater Hand und damit liegt hier eine große Verantwortung sowohl bei Kommunen als auch in der Wirtschaft und bei Betreibern solcher Infrastrukturen (BMI, 2009).

Städte und Gemeinden können sich aber auch besser auf Krisen einstellen, wenn sie neue Aufgaben wie den Umbau hin zu mehr Nachhaltigkeit gleich mit einer Krisenfestigkeit verbinden. Der Wiederaufbau in von Hochwasser oder Waldbrand betroffenen Regionen kann gleichzeitig längerfristig den Energieverbrauch senken oder durch eine Schaffung

Resilienz im Kontext von Bevölkerungsschutz und Kommunen

von mehr Schutzräumen für die Umwelt gleichzeitig zu einer Schwammstadtfähigkeit führen, wo Hochwasser und Starkregen genutzt werden, um gleichzeitig Wasserspeicher für trockene Sommer und Hitzeperioden zu schaffen. Hierzu wurden von einer Reihe von Wissenschaftler:innen auch bereits fünf Punkte Pläne für den Umbau von Kommunen vorgeschlagen (Kuhlicke et al., 2021). Neben der physisch-technischen Umgestaltung urbaner Räume können auch Entwicklungen auf gesellschaftlicher Ebene zur Stärkung der Krisenresilienz beitragen. Soziale und ökonomische Faktoren wie Bildungschancen, Erwerbstätigkeit und Einkommen, Gesundheitsversorgung, Partizipationsmöglichkeiten oder Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen erhöhen demnach die Widerstandsfähigkeit von Einzelpersonen und werden somit zu Treibern gesellschaftlicher Resilienz (S. Cutter, L. Burton, & Emrich, 2010).

10.3 Aspekte eines angemessenen Krisenmanagements

Ein Selbstverständnis der eigenen Bedeutung als Akteur und die Ermöglichung verschiedener Akteure, hierzu selbstständig Kompetenzen zu entwickeln und sich zu vernetzen ist ein guter Anfang für ein angemessenes kommunales Krisenmanagement. Krisen erfassen eine Kommune umfassend in vielen verschiedenen Fachbereichen und erfordern daher eine selbstständige Handlungsfähigkeit in vielen einzelnen Feldern, wie aber auch die zuvor bereits angesprochene sektorübergreifende Zusammenarbeit. Dazu ist auch ein Gesamtsystemverständnis notwendig, welches sich Kommunen oft erst schaffen müssen. In Krisen mit Lieferkettenabhängigkeiten wurde zum Beispiel durch die Pandemie oder auch durch die Blockade des Suezkanals sehr deutlich, wie anfällig die aktuelle Versorgung mit lebensnotwendigen, wie auch für die Wirtschaft notwendigen Gütern geworden ist. Häufig fehlen bei Behörden wie der Industrie bereits einfache Übersichten über die Vernetzungen mit Zulieferern und die selbst geschaffenen Abhängigkeiten. Hierzu ist ein Akteurs-Mapping notwendig, das die beteiligten Akteure in der Kommune und außerhalb darstellt. Anschließend wird eine Abhängigkeitsanalyse durchgeführt, um mögliche Achillesfersen für die Funktionsfähigkeit der einzelnen Betriebe offen zu legen und einen Eindruck von potentiellen Auswirkungsketten über Betriebs- und Sektorgrenzen hinweg zu gewinnen. Als Maßnahme ist dann ein Organisationskonzept zu empfehlen, das bereits neben dem Netzwerk und den Verflechtungen an Abhängigkeiten ebenfalls Ansprechpartner:innen und Alternativen auflistet, die als Redundanz in einem Notfall ersatzweise angesprochen werden können. Bei besonders empfindlichen kritischen Infrastrukturen im kommunalen Bereich, wie etwa in der Gesundheitsversorgung, müssen hier Notfallpläne erstellt werden, die die Basisversorgung mit Wasser, Strom und Informationen für verschiedene Szenarien vorbereiten. In dieser Vorbereitung muss aber ebenfalls berücksichtigt werden, wann eine eigenständige oder gestützte Notfallversorgung nicht mehr möglich ist und folglich eine Räumung bzw. Evakuierung notwendig wird, um Personenschäden zu vermeiden oder reduzieren.

Wichtig für ein gutes Krisenmanagement ist auch eine Integration sowohl verschiedener Akteure als auch in der Denkweise verschiedener Handlungsphasen, vor, während und nach einer Krise. Allerdings ist es wichtig, die Kompetenzen miteinander zu verzahnen,

Resilienz im Kontext von Bevölkerungsschutz und Kommunen

statt weiterhin ein Schubladendenken aufrechtzuerhalten und Zuständigkeiten separat voneinander zu betrachten.

Die Spezialisierung und Arbeitsaufteilung ist für den Alltag für Effizienzfragen notwendig, im Krisenfall jedoch teilweise hinderlich. Klare Zuständigkeiten und auch die Vorbereitung hierarchischer Führungsorganisationen wie etwa Stäbe sind einerseits weiterhin vorzuhalten und zu üben, auch in der Zusammenarbeit verschiedener Stäbe und kommunaler Akteure. So ist zum Beispiel eine bessere Verknüpfung zwischen dem Risikomanagement als Verantwortungsbereich in der Planung und Vorbereitung vor einer Krise mit dem Krisenmanagement ab dem Zeitpunkt einer Krise notwendig, zu üben und auch finanziell zu unterstützen.

Vergessen werden darf dabei aber vor allem auch nicht die Nutzer:innen-Perspektive der Bevölkerung. Beteiligungsprozesse haben gerade beim Thema Katastrophenvorsorge sicherlich auch ihre Grenzen, jedoch ist das Gesamtverständnis auf kommunaler Ebene noch viel zu stark durch Top-Down-Strukturen geprägt. Das Vertrauen wird in die Hände von vielen Freiwilligen und Ehrenamtlichen gelegt, insbesondere außerhalb der großen Städte. In Städten wird dagegen noch viel mehr die eigene Verantwortung und Handlungsfähigkeit an die Berufsfeuerwehr und andere abgegeben. Bei größeren Krisen und Katastrophenlagen werden die Grenzen jedoch rasch deutlich, wie zuletzt beim Hochwasser 2021. Daher ist eine vorzeitige Einbeziehung der Bevölkerung in Vorsorge und Training sowie Informationsaufbereitung notwendig und als Beteiligung auch in Forschungsprojekten zum Beispiel möglich. Auch hier wird sichtbar, dass eine Steigerung der Handlungsbereitschaft auf individueller und organisatorischer Ebene in Summe die gesellschaftliche Fähigkeit, mit Krisen umzugehen, stärkt. Dabei dürfen Individuen jedoch keinesfalls sich selbst überlassen bleiben, vielmehr ist ein Angebot von Zusammenarbeit auf Augenhöhe, Bereitstellung von Information und Unterstützung sowie die Bereitschaft zum gegenseitigen Lernen zwischen der Kommune und ihren Bürger:innen notwendig. Ebenso muss bedacht werden, wie in einem guten Krisenmanagement Freiwillige und spontan Helfende von Anfang an besser in die Kommunalarbeit und auch in die Katastrophenbewältigung mit der Stabsarbeit aktiv eingebunden werden können. Zum Krisenmanagement gibt es allein aus den Studien aus dem Hochwasser 2021 viele Leitfäden und Lessons Learned Dokumente.

Hochschulen und Forschungseinrichtungen können Kommunen im Wissens- und Kompetenz-Transfer zwischen Praxis und Wissenschaft und zurück sehr gut unterstützen. Es stehen Möglichkeiten für gemeinsam geförderte Drittmittelprojekte zur Verfügung, in denen zum Beispiel Konzepte für eine Resilienz zur Mindestversorgung bei einem Katastrophenfall für den Ausfall kritische Infrastruktur wie Strom, Wasser oder Wärme in einigen Regionen bereits durchgeführt wurden (Fekete, Neisser, Tzavella, & Hetkämper, 2019). Neben dem Effekt des fachlichen Austauschs zu konkreten Methoden und Handlungsmaßnahmen entstehen durch solche gemeinsamen Forschungsprojekte zwischen Wissenschaft und Praxis aber auch durch gemeinsame Workshops und Tagungen vor allem aber wichtige Netzwerke und Kontakte. So können gerade kommunenübergreifende Projekte dazu verhelfen, dass sich einige Akteure in der Gefahrenabwehr mit Betreiber:innen kritischer

Resilienz im Kontext von Bevölkerungsschutz und Kommunen

Infrastruktur und Stadtverwaltungen zu solchen Themen häufig zum ersten Mal überhaupt zusammensetzen.

10.3.1 Bevölkerungsschutz und Infrastruktur

Das Thema Stromausfall und zunehmend auch Wasserknappheit, aber auch die Energie-mangellage angesichts des Ukraine-Kriegs wie auch Anschläge auf die Bahn oder Pipelines haben den Bedarf zum Thema Kritische Infrastruktur noch einmal deutlich gemacht. Ebenso sind viele Kommunen zunehmend von Cyberangriffen nicht nur bedroht, sondern haben diese tatsächlich auch schon erleben müssen.

Eine wichtige erste Handlungsmaßnahme ist es, kommunal die jeweils besonders wichtigen und damit kritischen Infrastrukturen erst einmal zu identifizieren. Hierzu haben Behörden im Bevölkerungsschutz bereits Leitfäden entwickelt, die eine Identifikation auch für Kommunen selbstständig ermöglichen (BBK, 2017). Es gibt dazu auch Schulungen und Fortbildungen an der bundeseigenen Akademie BABZ (Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung). Forschungsprojekte sind schließlich eine weitere Möglichkeit, diese Zusammenarbeit mit Hochschulen durchzuführen und häufig kann man dabei auch bereits Nachwuchs fördern und zur späteren Arbeit in den Kommunen befähigen.

Nach einer räumlichen Identifizierung der Kritischen Infrastruktur ist es auch möglich, diese Informationen für viele Fachbereiche bereitzustellen und zu visualisieren, zum Beispiel in der Form von geographischen Informationssystemen. Hierbei ist zu beachten, dass bei besonders sensiblen Objekttypen jedoch überprüft werden sollte, ob Informationen über diese auch in den öffentlichen Bereich gelangen oder im geschützten Bereich verbleiben sollten. Denn auch Ausfälle aufgrund von Sabotage müssen ernsthaft betrachtet werden und möglichen feindlichen Akteuren sollen keinerlei Angriffsmöglichkeiten geboten werden. Jedoch ist eine gute Informationsgrundlage für die Behebung von Alltagschäden durch Baggerunfälle oder Ähnliches unerlässlich und auch für den Ausbau des Breitbandes und der Grundversorgung sehr wichtig. Ebenso muss man dann für den Notfall oder Katastrophenfall bereits vorbereitet sein, falls eine oder mehrere besonders wichtige Infrastrukturen ausfallen und beispielsweise Personen aus Krankenhäusern evakuiert und an anderer Stelle untergebracht und versorgt werden müssen. Auch Bombenfunde aus dem Zweiten Weltkrieg bringen einige Kommunen dazu, immer wieder solche temporären Evakuierungen durchführen zu müssen.

Aus der aktuellen Forschung heraus empfiehlt es sich auch noch, Minimal-Versorgungskonzepte zu überlegen, die im Resilienzverständnis in besonders schweren Krisen eine minimale Funktionsfähigkeit noch gewährleisten können. Es müssen also solche Infrastrukturen und auch Kompetenzen und Ressourcen in der Kommune identifiziert werden, die es besonders zu schützen und zu priorisieren gilt, damit sie helfen können, andere wiederum in einer Krise zu versorgen und den Wiederaufbau der Funktionsfähigkeit vorzubereiten und zu begleiten. Dazu gehören sowohl Notstromkonzepte und Netzersatzan-

Resilienz im Kontext von Bevölkerungsschutz und Kommunen

lagen wie auch Nachbetankungskonzepte und Nahrungsmittelreserven sowie Inselfähigkeiten von Telekommunikation und möglicherweise auch der Strom- und Energieversorgung.

Der moderne Bevölkerungsschutz muss sich neben diesen Aspekten auch mit der Möglichkeit gleichzeitig stattfindender Gefahren befassen, wenn zum Beispiel ein Hochwasser zusätzlich zu einer Pandemie eintritt. Ebenfalls müssen gegenseitige Abhängigkeiten von Infrastrukturen und mögliche Kaskadeneffekte eingeplant werden, wenn durch den Ausfall der Stromversorgung beispielsweise viele weitere Infrastrukturen ausfallen können.

Die Identifizierung solcher Abhängigkeiten und Kaskadeneffekte zwischen verschiedenen Akteuren kann vor allem über runde Tische oder Diskussionsgruppen erleichtert werden. Zum Einstieg sind hier auch keine komplexen Stabsrahmenübungen notwendig, sondern ein grundlegender Austausch über Verständnisse von Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten. Unterstützend, oder auch als nächster Schritt, kann eine Diskussion von hypothetischen Szenarien stattfinden. Mögliche Leitfragen können darstellen:

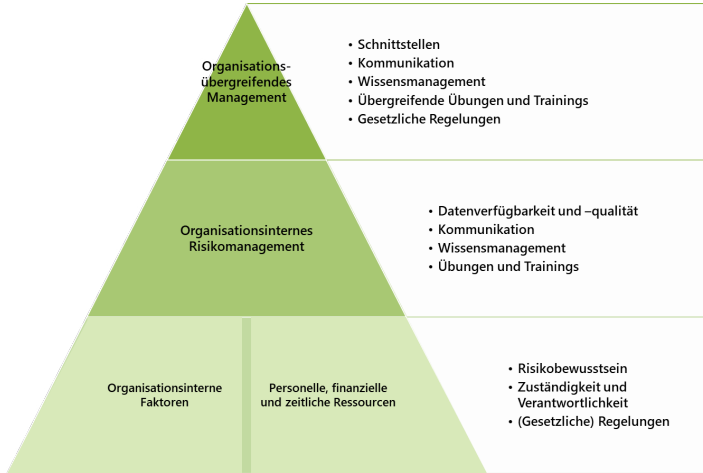
- ▶ Was passiert mit meinem System?
- ▶ Welche bestimmten Infrastrukturen oder Dienstleistungen fallen aus?
- ▶ Wer ist von diesen Infrastrukturen/Dienstleistungen abhängig?
- ▶ Wie können diese Infrastrukturen/Dienstleistungen aufrechterhalten werden oder welche Redundanzen/Rückfallebenen stehen zur Verfügung?
- ▶ Wie erreiche ich andere Akteure (auch nachts oder an Sonn- und Feiertagen) und wer ist Ansprechpartner:in?

Diese runden Tische können ebenfalls für verschiedene Aufgaben oder Bereiche spezialisiert werden, um einen Austausch auf technischer und organisatorischer Ebene zu ermöglichen.

Es ist wichtig zu verstehen, dass für ein organisationsübergreifendes, resilientes Risiko- und Krisenmanagement grundlegende Faktoren und Bedingungen erfüllt sein müssen. Dies lässt sich wie in Abbildung 1 darstellen.

Resilienz im Kontext von Bevölkerungsschutz und Kommunen

Abbildung 1: Hierarchie der notwendigen Faktoren für ein integriertes Risikomanagement (Eigene Darstellung)



Zunächst müssen ausreichende personelle, finanzielle und zeitliche Ressourcen sowie weitere organisationsinterne Faktoren, wie beispielsweise ein korrektes Verantwortungs- und Risikobewusstsein, vorhanden sein. Auf dieser Basis kann ein organisationsinternes Risikomanagement aufgebaut werden. Es geht hier auch nicht darum, sofort ein perfektes System zu erreichen, sondern ähnlich wie im Business Continuity Management oder Qualitätsmanagement eine stete Verbesserung anzustreben. Wenn es so schließlich ein System gibt, mit welchem eine Organisation intern die Gegebenheiten geschaffen hat, um strukturiert mit Risiken und Krisen umzugehen, können externe Akteure einbezogen und ein organisationsübergreifendes Risikomanagement etabliert werden.

Dort ist insbesondere die Kommunikation untereinander und zur Bevölkerung bedeutend, um ein funktionierendes System aufrechtzuerhalten. Aufgrund der großen Bedeutung wird dieses Thema im folgenden Abschnitt behandelt.

10.3.2 Krisenkommunikation und Legitimation im Krisenmodus

Was macht eine gute, angemessene Kommunikation im Krisenmodus aus? Was ist hier zu beachten und welche Ziele sollten dabei verfolgt werden?

Eine gelungene Krisenkommunikation ist ein zentraler Teil des Krisenmanagements und für eine erfolgreiche Bewältigung einer Krise unerlässlich (BMI, 2014). An Kommunen werden in Krisen vor allem große Erwartungen im Sinne der Warnung und Information aus offizieller Seite gestellt. Durch die Digitalisierung hat sich die Erwartungshaltung noch ver-

Resilienz im Kontext von Bevölkerungsschutz und Kommunen

schärft und es wird eine rasche und verlässliche Kommunikation in höherem Tempo erwartet als früher. Neben der Schnelligkeit und dem offiziellen Charakter sind auch die sonst üblichen Grundsätze guter Kommunikation zu beachten, die man zum Beispiel in Leitfäden beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe gut nachlesen kann (BMI, 2014).

Der starke Einfluss sozialer Medien auf die aktuelle Medienlandschaft stellt jedoch auch formale Ansprüche an die Krisenkommunikation: Um auf gängigen Social-Media-Plattformen gesehen zu werden, muss die Berichterstattung den dort geltenden Regeln folgen. Das bedeutet nicht nur die Bereitstellung von Inhalten und Informationen in Echtzeit, sondern insbesondere auch die Nutzung von Bild- und Videomaterial und die Formulierung eingängiger Botschaften, um überhaupt die Aufmerksamkeit der Nutzer:innen zu erreichen (Bachmann & Ternès von Hattburg, 2021; Nolting & Thieß, 2008).

Durch das Hochwasser 2021 und die COVID-19 Pandemie sind jedoch spezielle Anforderungen an Öffentlichkeitsarbeit und Warnungen deutlich geworden. Neben der reinen Verbreitungsform von Information ist auch die zwei-Wege Praxis zu verstärken, so dass Bürger:innen auch sofort bei einer Krise eine Anlaufstelle haben, um Information nicht nur zu empfangen, sondern auch rückspiegeln zu können. Dadurch kann in einer Krise enorm Zeit gewonnen werden und Menschen gerettet werden, wenn Betroffene und Beteiligte über ihr Smartphone oder andere Wege nicht nur Notrufe, sondern auch Hinweise für Rettungseinsätze absetzen könnten.

Für gute Kommunikation ist es ebenfalls notwendig, die Organisation der Kommunikation zu optimieren. Dazu gehört es auch, dass Stabsarbeit sich stärker als bisher mit Öffentlichkeits- und Pressearbeit befasst und die Kommunikation zu anderen Akteuren in der Kommune dauerhaft und von Anfang an aufbaut. So müssen zum Beispiel die Zugangsmöglichkeiten zu Informationen in der Lage mit den Kommunen besser geteilt werden und es muss auch darauf geachtet werden, dass die Kommunikationsleiter über die hierarchischen Strukturen über die übergeordneten Verwaltungseinheiten herauf und herunter nicht zu einem Zeitverlust führen. So ist die grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen Nachbarkommunen unter unterschiedlichen Kreisangehörigkeiten zum Beispiel bisher ein Problem. Aber auch die Integration von lokalem Fachwissen in die Stabsarbeit in größeren Katastrophenlagen ist notwendig.

Als Beispiel kann angeführt werden, das bereits vor Krisen geplant wird, ob und welche Verbindungspersonen in andere Stäbe entsendet werden, um einen direkten Austausch von Informationen und Fachexpertise zu ermöglichen. Das Technische Hilfswerk (THW) hat zum Beispiel ein breites Netzwerk von Fachberater:innen in Deutschland aufgebaut, um Krisenstäbe über Handlungsoptionen des THW informieren und beraten zu können. Aber um diese Leistung in Anspruch nehmen zu können, sollte im Vorhinein bekannt sein, wie man auf solche Ressourcen zugreifen kann.

Für Kommunen ist ein enger Austausch mit Grundversorgern etwa für Energie und Trinkwasser relevant, aber auch die Bedeutung von medizinischer und Infrastruktur des Bevölkerungsschutzes darf nicht vernachlässigt werden. Im Rahmen eines Blackout-Szenarios sind unter anderem folgende Fragestellungen zu bedenken:

Resilienz im Kontext von Bevölkerungsschutz und Kommunen

- ▶ Sind die lokalen Krankenhäuser weiterhin funktionsfähig?
- ▶ Wie lange reicht der Kraftstoffvorrat? Dies betrifft neben notstromversorgten Gebäuden auch die Einsatzfahrzeuge von Feuerwehr und Rettungsdienst und ist auf keinen Fall zu vernachlässigen.
- ▶ Steht das Krankenhaus vor einer kritischen Entscheidung der Evakuierung bzw. Räumung? Falls ja, muss genügend Vorlaufzeit für Planung und Ausführung bedacht werden.
- ▶ Über welche Wege erfolgt die Kommunikation?
- ▶ Was ist zu tun, wenn Kommunikationswege ausfallen (Telefon, Internet, Mobilfunk o. ä.)

Schließlich sind bei der Kommunikation auch die technischen Möglichkeiten zu verbessern, insbesondere der Einsatz des Digitalfunks ist im Bevölkerungsschutz seit vielen Jahren ein problematisches Thema, ebenfalls wie die Nutzung von textbasierten Nachrichten (cell broadcasting) oder anderen technischen Möglichkeiten, die in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern noch wenig ausgereizt werden. Zum Warntag im Dezember 2022 wurde nun erstmals die Funktion des cell broadcasting in Deutschland erprobt, um diese in Zukunft einsetzen zu können. Und neben der Krisenkommunikation muss auch die Vorbereitung und Vorsorge durch Risikokommunikation beachtet werden (BBK, 2022).

Es ist folglich zu erkennen, dass eine starke kommunale Resilienz aus den Bausteinen eines effektiven und effizienten Risiko- und Krisenmanagements besteht. In einem ganzheitlichen und integrierten Ansatz sind verschiedene Akteur:innen einzubeziehen, um gegenseitige Abhängigkeiten zu identifizieren. Zusätzlich ist vor allem die zivile Bevölkerung – ein Hauptbestandteil einer Kommune – nicht zu vernachlässigen. Die beste Vorbereitung von Behörden und Organisationen ist nutzlos, wenn die Bevölkerung in Krisen nicht gewarnt wird, nicht weiß wie sie agieren soll oder keine Anlaufpunkte für Notfälle oder weitere Informationen kennt.

10.3.3 Kommunikation unter Beteiligung der Bevölkerung und die Akzeptanz von politischen Entscheidungen in der Bevölkerung

Durch die Digitalisierung und sozialen Medien aber auch durch ein verändertes Selbstverständnis der Gesellschaft werden immer mehr Beteiligungsformen in der Kommunikation erwartet. Dabei werden aber häufig auch die Probleme an Beteiligungsformaten noch nicht genügend öffentlich diskutiert. Im Hinblick auf demokratische Partizipation ergeben sich hier zwei Problematiken. Einerseits kann es geschehen, dass Menschen die Verantwortung für den Umgang mit einer Krise ablehnen und ihre Möglichkeit zur demokratischen Beteiligung nicht wahrnehmen. Andererseits kann es in gegenläufiger Weise dazu kommen, dass von politischer Seite Entscheidungen getroffen und kommuniziert werden, diese jedoch keine Akzeptanz in der Bevölkerung finden.

Gerade beim Thema Krise und Katastrophe haben viele Menschen verständlicherweise Berührungsängste oder denken gerade auch im Notfall daran, dass die Zuständigkeit bei den dafür eingerichteten Organisationen liegen sollte. Beteiligung muss also nicht nur ermöglicht werden, sondern oft muss dafür auch erst noch geworben werden. Und wenn

Resilienz im Kontext von Bevölkerungsschutz und Kommunen

man Beteiligung verspricht, muss man auch dafür sorgen, dass es eine echte Beteiligung ist und dass auch ein Erfolg eintreten kann, wenn man sich beteiligt (Arnstein, 1969). Diese Grundsätze aus der Partizipationsforschung sind seit den 1960er Jahren zwar bekannt, aber gerade im doch sehr hierarchisch aufgebauten Katastrophenschutz der Kommunen gerade in Deutschland auch durch die etablierten Organisationen weniger stark verbreitet als in manch anderen Nachbarländern. Dies führt auch im Umkehrschluss zu einer gewissen Passivität in der Katastrophenvorsorge und in der Handlungsfähigkeit der Personen in einer Kommune. Nicht nur den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben muss ihre Verantwortung bewusst sein, sondern auch der Bevölkerung zum Selbstschutz und Selbstversorgung.

Auf der anderen Seite haben gerade die sozialen Medien auch neue Probleme offenbart, wenn bestimmte Personengruppen sich online Foren suchen, die ihre eigene Meinung verstärken und eine Art Echokammer bilden, in der man vor allem gleich gesinnte Meinungen findet. Dies kann dann zum Problem werden, wenn dies radikalisierte Meinungsbilder sind oder solche, die auch demokratiefeindliche Meinungen oder Verschwörungstheorien verbreiten. Auf kommunaler Ebene muss man sich vor allem bewusstwerden, wie stark hier eine Verknüpfung zu politischer Meinungsmache und damit einer Nähe zu Kommunalpolitik bestehen kann. Im Prinzip sind die sozialen Medien und ihre Echokammern damit eine Verlängerung des Stammtisches und müssen in der Kommunikation gegenüber Krisen mitbedacht werden. Denn sonst kommen zusätzlich zu einer Krise noch die Selbstverstärkungseffekte gesellschaftlicher Unzufriedenheit hinzu, die bei einer Eskalation einer Krise rasch auch zu einer Behinderung von Einsatzkräften oder in der Akzeptanz gemeinschaftlicher Maßnahmen und im Blockieren der Findung eines gesellschaftlichen Konsenses enden können. Auf der anderen Seite sind Meinungsfreiheit und auch kritische Auseinandersetzung in einer Kommune ebenso unerlässlich und müssen deswegen auch weiterhin gefördert und integriert werden. Damit sind auch hier bereits ein integratives Denken und eine sektorenübergreifende Denkweise wichtig und es empfiehlt sich, die Bevölkerung frühzeitig und in der Beteiligung verschiedenster sozialer Gruppen in einem inklusiven Ansatz möglichst breit zu erfassen.

Beide beschriebenen Herausforderungen machen die Relevanz einer umfassenden Risikokommunikation deutlich. Im Gegensatz zur Krisenkommunikation erfolgt diese nicht in Bezug auf eine akute Lage, sondern kontinuierlich, um Bürger:innen über Risiken im allgemeinen aufzuklären und zu risikobewussten Entscheidungen und Lebensweisen zu befähigen (BMI 2014). Auch hier handelt es sich also um eine Maßnahme zur Kapazitätsentwicklung auf individueller Ebene. Die dadurch geschaffene Risikomündigkeit kann die Bevölkerung zu einer höheren Verantwortungsbereitschaft und Partizipationsbereitschaft befähigen. Da die breite Gesellschaft häufig ein verzerrtes Risikoverständnis hat, welches nicht zuletzt durch unproportionale Berichterstattung verursacht wird, ist eine wirksame Risikokommunikation besonders wichtig, um ein Grundverständnis für Risiken zu schaffen und Falschinformationen weniger Einfluss zu überlassen (Nolting 2008). Zu einer realistischen Erwartungshaltung gehört auch die Erkenntnis, dass Risikokommunikation allein nicht die Entstehung gesellschaftlicher Konflikte verhindern kann, da weiterhin unter-

Resilienz im Kontext von Bevölkerungsschutz und Kommunen

schiedliche Werte und Bedürfnisse zu unterschiedlichen Meinungen über Risiken und Gegenmaßnahmen führen (National Research Council, 1989). Jedoch kann gute Risikokommunikation das Vertrauen der Bevölkerung in die kommunizierenden Institutionen und seriöse Quellen stärken und somit der Verbreitung von Verschwörungsmythen in Krisensituationen vorbeugen.

10.4 Fazit und Ausblick

Zusammengefasst benötigen Kommunen für zukünftige Krisen die entsprechenden Kompetenzen ihres Personals, auch sektorübergreifend denken, planen und handeln zu können. Daneben müssen ebenfalls Fachspezialist:innen bleiben, die Themen in der Tiefe und auch über Regierungswechsel hinweg unabhängig durchführen können. Beide Kompetenzarten zusammen benötigen zudem eine Krisenumgangskultur, die dieses breite und fachliche Denken gleichzeitig fördert. Dazu gehört auch eine Offenheit, sich auf ständig neue Krisen und sogar Überlagerungen von Krisen einzustellen und mit dem Wandel zu leben. Die Stärkung der Resilienz der Organisation benötigt auch noch eine geeignete Form der Koordination und Kommunikation, die sowohl Teilnehmungsformate wie auch klar geregelte Strukturen verbindet. Technische Aspekte aller Art tragen ebenfalls zur Resilienz von unter anderem der kritischen Infrastruktur und Grundversorgung bei, die im Alltagsfall wie auch insbesondere im Krisenfall unerlässlich geworden sind.

Katastrophenvorsorge wie auch Krisenbewältigung kann zu einer Resilienz führen, bei der nicht alles vorhersehbar ist und Schäden wie auch negative Erfahrungen zwar eintreten, man dabei als Gemeinschaft aber gemeinsam durch eine Krise geht, und am Ende nicht als Gemeinschaft oder Kommune auseinanderbricht. Analog zum Stadtwappen von Paris mag eine Kommune schwanken und im Fluss bleiben und sich verändern, jedoch durch Zusammenhalt trotz Auseinandersetzungen nicht untergehen.

Literatur

- Arnstein, S. R. (1969). A ladder of citizen participation. *Journal of the American Institute of planners*, 35(4), 216-224.
- Bachmann, S., & Ternès von Hattburg, A. (2021). Virtuelle Meetings—digital effektiv kommunizieren. In *Effiziente Krisenkommunikation—transparent und authentisch* (17-21): Springer.
- BBK. (2017). *Schutz Kritischer Infrastrukturen – Identifizierung in sieben Schritten. Arbeitshilfe für die Anwendung im Bevölkerungsschutz*. Retrieved from Bonn, Germany:
- BBK. (2022). *Risikokommunikation. Ein Handbuch für die Praxis*. Retrieved from Bonn:
- Becker, P. (2014). *Sustainability science: Managing risk and resilience for sustainable development*. Waltham, MA, USA: Elsevier.
- Bergström, J., & Dekker, S. W. (2014). Bridging the macro and the micro by considering the meso: reflections on the fractal nature of resilience. *Ecology and Society*, 19(4).
- BMI. (2009). *Nationale Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen (KRITIS-Strategie)*. Berlin: Bundesministerium des Innern.
- BMI. (2014). *Leitfaden Krisenkommunikation*. Berlin: Bundesministerium des Innern.

Resilienz im Kontext von Bevölkerungsschutz und Kommunen

- Bogardi, J. J., & Fekete, A. (2018). Disaster-Related Resilience as Ability and Process: a concept guiding the analysis of response behavior before, during and after extreme events. *American Journal of Climate Change*, 7, 54-78.
- CaDRI. (2011). Basics of capacity development for disaster risk reduction. In: Capacity for Disaster Reduction Initiative Geneva, Switzerland.
- Coaffee, J., & Lee, P. (2017). *Urban resilience*: Bloomsbury Publishing.
- Cutter, S., L., Burton, C., G., & Emrich, C., T. (2010). Disaster Resilience Indicators for Benchmarking Baseline Conditions. In *Journal of Homeland Security and Emergency Management* (Vol. 7).
- Cutter, S. L., Barnes, L., Berry, M., Burton, C., Evans, E., Tate, E., & Webb, J. (2008). A place-based model for understanding community resilience. *Global Environmental Change*, 18, 598–606.
- Die Bundesregierung. (2022). *Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen. Umsetzung des Sendai Rahmenwerks für Katastrophenvorsorge (2015–2030) – Der Beitrag Deutschlands 2022–2030*. Retrieved from Berlin:
- Fekete, A. (2022). *Kritische Infrastruktur und Versorgung der Bevölkerung*: Springer.
- Fekete, A., Neisser, F., Tzavella, K., & Hetkämper, C. (Eds.). (2019). *Wege zu einem Mindestversorgungskonzept. Kritische Infrastrukturen und Resilienz*. Cologne, Germany: TH Köln.
- Fekete, A., & Rhyner, J. (2020). Sustainable digital transformation of disaster risk—integrating new types of digital social vulnerability and interdependencies with critical infrastructure. *Sustainability*, 12(22), 9324.
- Fekete, A., & Sandholz, S. (2021). Here Comes the Flood, but Not Failure? Lessons to Learn after the Heavy Rain and Pluvial Floods in Germany 2021. *Water*, 13(21), 3016. Retrieved from <https://www.mdpi.com/2073-4441/13/21/3016>
- Gunderson, L. H., & Holling, C. S. (2002). *Panarchy. Understanding Transformations in Human and Natural Systems*. Washington: Island Press.
- Hagelsteen, M., & Burke, J. (2016). Practical aspects of capacity development in the context of disaster risk reduction. *International Journal of Disaster Risk Reduction*, 16, 43-52. doi: <https://doi.org/10.1016/j.ijdr.2016.01.010>
- Heylighen, F., Cilliers, P., & Gershenson, C. (2006). Complexity and philosophy. *arXiv preprint cs/0604072*.
- Holling, C. S. (1973). Resilience and Stability of Ecological Systems. *Annual Review of Ecology and Systematics*, 4, 1-23. Retrieved from www.jstor.org
- Kuhlicke, C., Albert, C., Bachmann, D., Birkmann, J., Borchardt, D., Fekete, A., . . . Voss, M. (2021). *Fünf Prinzipien für klimasichere Kommunen und Städte. Five principles for climate-proof municipalities and cities*. Retrieved from Leipzig, Germany: <https://www.ufz.de/index.php?en=48382>
- Lewin, R. (1992). *Complexity: Life at the Edge of Chaos*. Chicago The University of Chicago Press.
- National Research Council. (1989). *Improving risk communication*. Washington (DC), USA: National Academies Press.
- Nolting, T., & Thießen, A. (2008). Krisenmanagement in der Mediengesellschaft. In *Krisenmanagement in der Mediengesellschaft* (pp. 9-18): Springer.
- Norris, F. H., Stevens, S. P., Pfefferbaum, B., Wyche, K. F., & Pfefferbaum, R. L. (2008). Community resilience as a metaphor, theory, set of capacities, and strategy for disaster readiness. *American journal of community psychology*, 41(1), 127-150.
- Pelling, M. (2003). *The Vulnerability of Cities: Natural Disasters and Social Resilience*: Routledge.
- Pelling, M. (2010). *Adaptation to climate change: from resilience to transformation*: Routledge.

Resilienz im Kontext von Bevölkerungsschutz und Kommunen

- Pendall, R., Foster, K. A., & Cowell, M. (2010). Resilience and regions: building understanding of the metaphor. *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society*, 3(1), 71-84. doi: <https://doi.org/10.1093/cjres/rsp028>
- Schulz, K., Gustafsson, I., & Illes, E. (2005). Manual for capacity development. *Stockholm: Sida*.
- Tobin, G. A. (1999). Sustainability and community resilience: the holy grail of hazards planning? *Global Environmental Change Part B: Environmental Hazards*, 1(1), 13-25.
- UN/ISDR. (2005). *Hyogo Framework for Action 2005-2015: Building the resilience of nations and communities to disasters (HFA)*. Retrieved from Geneva:
- UNDRR. (2022). Terminology. Retrieved from <https://www.undrr.org/terminology>
- United Nations. (2015). *Sendai Framework for Disaster Risk Reduction 2015 – 2030*. Retrieved from United Nations Office for Disaster Risk Reduction: Geneva, Switzerland:
- Waldrop, M. M. (1992). *Complexity. The emerging science at the edge of order and chaos*. London: Edition of 1994, Penguin Books.

Zur weiteren Vertiefung

- ▶ Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen. https://www.bbk.bund.de/DE/Themen/Nationale-Kontaktstelle-Sendai-Rahmenwerk/Resilienzstrategie/resilienz-strategie_node.html
- ▶ Informationen der Bundesregierung, des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe zu Kritischen Infrastrukturen. www.kritis.bund.de.
- ▶ Sendai Rahmenwerk. https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Fremd-Publikationen/SENDAI/sendai-rahmenwerk-2015-2030.pdf?__blob=publication-File&v=4.
- ▶ Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und zivile Verteidigung. https://www.bbk.bund.de/DE/Themen/Akademie-BABZ/akademie-babz_node.html
- ▶ Wamsler, Christine. *Cities, Disaster Risk and Adaptation*. 1st ed. London: Routledge, 2014. <https://doi.org/10.4324/9780203486771>.
- ▶ Shaw, R., M. Colley, and R. Connell. "Climate Change Adaptation by Design: A Guide for Sustainable Communities." London: TCPA, 2007. https://www.prevention-web.net/files/7780_20070523CCALowres1.pdf.

Mediathek



Mediathek des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)

Inhalt

Vorwort	9
<i>Der Deutsche Präventionstag und ständige Veranstaltungspartner</i>	
Mannheimer Erklärung des 28. Deutschen Präventionstages	11
I. Expertisen zum Schwerpunktthema	
<i>Rita Haverkamp, Christoph Gusy, Tjorven Harmsen</i>	
Krisen und ihre Prävention aus interdisziplinärer Perspektive	19
<i>Pia-Johanna Schweizer</i>	
Systemische Risiken	39
<i>Harald Dreßing</i>	
Die Bedeutung psychischer Resilienz im Zusammenhang mit Krisen	57
<i>Donya Gilan, Isabella Helmreich</i>	
Die resiliente Gesellschaft – eine kollektive Antwort auf kollektive Probleme	73
<i>Jan-Philip Maaß-Emden</i>	
Organisationale Resilienz. Rahmenbedingungen zur Entwicklung und Erhaltung einer unternehmerischen Widerstandsfähigkeit	91
<i>Manuela Freiheit, Andreas Uhl, Andreas Zick</i>	
Krisen und Krisenverarbeitung	113
<i>Friedrich Gabel</i>	
Krisenmanagement als Wertfrage	131
<i>Nikil Mukerji, Marina Moreno, Adriano Mannino</i>	
Zum rationalen Umgang mit Krisen – eine philosophische Perspektive	149
<i>Alexander Fekete, Chris Hetkämper, Carlotta Bauer</i>	
Resilienz im Kontext von Bevölkerungsschutz und Kommunen	169

<i>Holger Floeting</i>	
Stärkung städtischer Resilienz. Lernen aus der Krise	185
<i>Tim Lukas, Bo Tackenberg</i>	
Sozialraumorientierung im Bevölkerungsschutz. Community Resilience und soziale Anpassung in Krisen und Katastrophen	203
II. Vorträge	
<i>André Biermann</i>	
Covid-19 – Paradoxe Erwartungen an die Risikokommunikation	231
<i>Cathleen Bochmann</i>	
Kommunale Dialoge in Krisenzeiten	247
<i>Karen Brünger, Maximilian von Heyden, Vivien Voit</i>	
Schools That Care – Kinder im Fokus schulischer Prävention	259
<i>Dunya Elemenler</i>	
Homosoziale Gruppen in der gendersensiblen Präventionsarbeit	271
<i>Dieter Hermann</i>	
Das Sicherheitsaudit – ein Pfeiler der Sicherheitsarchitektur Mannheims	279
<i>Günther Bubenitschek, Dženeta Isaković, Yasemin Soylu</i>	
Was tun gegen Hass und Hetze?	289
<i>Leo Keidel</i>	
Der Amoklauf von Winnenden und die Präventionsarbeit	305
<i>Stefan Lenz</i>	
Über die Jugend und andere Krankheiten	315
<i>Jule Franziska Leisner</i>	
Polizeiliches Präventionsangebot für junge Menschen gegen Verschwörungsmmythen	327
<i>Marina Martin</i>	
Armut macht krank, Krankheit macht arm	335

<i>Andreas Mayer</i> Die Cannabis-Legalisierung zu Genusszwecken aus polizeifachlicher Sicht	345
<i>Lawrence Schätzle, Felix Munger</i> Urbane Sicherheit in Zeiten des Klimawandels? Perspektiven aus zwei Städtenetzwerken	355
<i>Johanna Friedrich, Magdalena Ortner</i> Best practice – Proaktiver Opferschutz in Berlin	369
<i>Torsten Siegemund, Anne-Marie Gallrein, Jana Peters</i> Schutz und Beratung für gewaltbetroffene Männer in Deutschland mit dem Fokus Gewalt im sozialen Nahraum	377
<i>Ute Scholpp, Carsten Wanzel</i> Gewalt gegen Polizeikräfte. Präventive Ansätze des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg	391
<i>Peter Holnick, Anna Rübensam, Katharina Theobald, David Weiser</i> KoMeT – Kompetenz-Medien-Training: Mehr als nur Arbeitsstunden!	397
<i>Jan Hendrik Trapp, Anna Rau, Lawrence Schätzle</i> Stärkung städtischer Resilienz am Beispiel von Pandemien: Reflexionsraum für kommunales Krisenmanagement	405
<i>Tanja Kramper, Angelika Treibel</i> Flexible psychologische Hilfe für Kriminalitätsbetroffene	417
<i>Vanessa Uttenweiler, Kim Zibulski</i> Häusliche Gewalt: Polizeipraxis der Gefährdungsanalyse	429
<i>Katharina Wabnitz</i> Planetare Krisen sind Gesundheitskrisen – Zum transformativen Potenzial von (Gewalt-)Prävention und Gesundheitsförderung	437
<i>Teresa Wagner, Franziska Simon-Erhardt, Christina Storck, Simone Pfeffer</i> Kinder stärken in schwierigen Zeiten mit dem Programm ReSi+	451

Christoph Weller

Krisenkonflikte: Was hilft gegen Krisenprofiteure?

459

III. Der 28. Deutsche Präventionstag im Überblick

Tana Franke, Erich Marks

Zusammenfassende Gesamtdarstellung des
28. Deutschen Präventionstages

469

Merle Werner

Evaluation des 28. Deutschen Präventionstages

503

IV. Autor*innen

535